

SÜDWESTUMSCHAU

[« zurück zur Übersicht](#)

[« zurück](#)

STUTTGART, 01. JULI 2009

Im Notfall nur noch "112"

Probleme mit der europaweit vorgeschriebenen Rettungsnummer

Einige Kreisverbände des Roten Kreuzes im Land haben einen Erlass des Sozialministeriums vom Mai immer noch nicht umgesetzt. Dieser Erlass erlaubt als Notrufnummer ausschließlich die europaweite 112.



Notfallnummer für ganz Europa:
Am Schlauchturm der Mössinger
Feuerwehr prangt groß die
Heute läuft eine Frist des Landessozialministeriums ab. Das
Ressort von Monika Stolz (CDU) hat alle
Rettungsorganisationen des Landes angewiesen, bis 1. Juli
den Vollzug eines am 4. Mai ergangenen Erlasses zu melden.
In dem Erlass weist das Ministerium die Rettungsdienste an,
"ab sofort" nur noch den Euro-Notruf 112 als
rettungsdienstliche Nummer zu verwenden und zu bewerben.
So muss auf den Fahrzeugen der Rettungsdienste die "112"
deutlich angebracht sein. Auch alle Auftritte in Printmedien
und im Internet seien anzupassen, schrieb das Ministerium.

Gestern war die erbetene Vollzugsmeldung der DRK-
Landesverbände im Ministerium nach Angaben von

Sprecherin Marion Deiß noch nicht eingegangen. Und offenbar hat der Erlass bisher nicht die erhoffte Wirkung erzielt. Der Kreisverband des Karlsruher Roten Kreuzes nannte auf seiner Internetseite noch gestern Nachmittag als "die Nummer, die Leben rettet", die 19222. Ebenso die Kreisverbände Heilbronn und Tübingen.

"Einige DRK-Kreise halten sich schlicht und einfach nicht an die Anweisung", empörte sich Joachim Spohn von der Bürgerinitiative Rettungsdienst, die sich seit Jahren für die ausschließliche Verwendung der 112 als Notrufnummer einsetzt. Nach Informationen der SÜDWEST PRESSE hat der DRK-Landesverband Baden-Württemberg das Ministerium um Verlängerung der Frist gebeten. Der Verband teilte mit, die Forderung sei bis zum 1. Juli nicht zu realisieren.

Die Rechtslage ist eindeutig. Bereits 1991 erging der EU-Ratsbeschluss, dass die "112" in allen europäischen Ländern einzuführen sei. Weil sich die Einführung verzögerte, erließ Brüssel 2002 eine Universal-Richtlinie. Sie verpflichtet die Mitgliedsländer, sicherzustellen, dass jeder Bürger die gebührenfreie Notrufnummer 112 von einem Festnetz- oder einem Mobiltelefon aus erreichen kann. Am 18. März 2009 trat eine Verordnung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie über Notrufverbindungen in Kraft. Technisch haben die Notrufzentralen in Baden-Württemberg diese Anweisungen umgesetzt. Nur wird sie nicht von allen Rettungsdiensten beworben.

Probleme mit der Umsetzung haben Landkreise ohne integrierte Rettungsdienst-Leitstellen. Beispiel Tübingen: Dort ist es auch nach jahrelangen Bemühungen bisher nicht gelungen, die Leitstellen des DRK und der Feuerwehr zusammenzulegen. Deshalb hält es die stellvertretende DRK-Kreisverbandsvorsitzende Lisa Federle für sinnvoll, in Tübingen neben der 112 weiterhin die 19222 zu verwenden. Die fünfstellige Notrufnummer ist aber nur noch als Krankentransport-Ruf erlaubt. Mit der 19222 gelangen die Bürger direkt zum ärztlichen Rettungsdienst. Wählen sie die 112, laufen sie in Tübingen bei der Feuerwehr-Leitstelle auf. Bis der Diensthabende den Grund des Notrufs geklärt und den Anrufer an die DRK-Leitstelle weitergeleitet habe, vergingen wertvolle Minuten, sagt Hans Heinz, Geschäftsführer des DRK-Landesverbands. Der Umweg koste erst recht Zeit, wenn die Feuerwehr bei Unwettern mit Anrufen bombardiert werde. Dann, so Heinz, könne es sein, dass 112-Anrufer nicht sofort durchkämen. Solange es in Tübingen oder Heilbronn keine integrierte Leitstelle gebe, sollten sowohl die 112 als auch die 19222 möglich sein. Heinz: "Wir wollen, dass für die Bürger keine

Verschlechterung eintritt."

Spohn kündigte indes an, seine Initiative werde zusammen mit dem "Forum Notfallrettung Stuttgart" am Ball bleiben. Wenn es bis zum August immer noch Kreisverbände gebe, die den Erlass nicht umgesetzt haben, "werden wir eine schwarze Liste machen" und sie der EU-Kommission in Brüssel als Beleg dafür zusenden, dass in Baden-Württemberg europäische Gesetze immer noch nicht befolgt werden.

Redaktion: RAIMUND WEIBLE